

Nur ein kleines Plus



Trübere Aussichten als erwartet: Zuvor waren 1,3 Prozent Wachstum prognostiziert worden. Foto: Christian Charisius/dpa

ANDREAS HOENIG

Die Konjunktur wird 2026 laut Jahreswirtschaftsbericht nur um 1,0 Prozent zulegen. Das Wachstum ist vor allem schuldenbasiert.

BERLIN Ein spürbarer wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland lässt weiter auf sich warten. Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr lediglich ein geringes Wachstum von 1,0 Prozent, wie Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts sagte. Im vergangenen Herbst hatte Reiche noch mit einem Plus des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 Prozent gerechnet.

2025 schrammte Deutschland nur knapp am dritten Jahr ohne Wachstum vorbei, es gab ein Miniplus von 0,2 Prozent. Deutschland hinkt damit anderen großen Industrienationen hinterher. Auch die Wirtschaftsweisen rechnen für 2026 mit einem Wachstum von 0,9 Prozent. In der Krise stecken vor allem Industriebranchen. Die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Tanja Gönner, sagte: „Die erwartete wirtschaftliche Erholung ist gering und bleibt brüchig.“ DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov fügte hinzu: „Deutschland wächst, aber viel zu langsam.“ Ein Miniplus der Wirtschaft sei ein ernüchterndes Signal und weit von dem entfernt, was der Standort leisten könnte.

Schwächernder Export

Ein Grund für die eingetrübten Erwartungen ist laut Regierung, dass die Erholung im zweiten Halbjahr 2025 schwächer ausfiel als erwartet. Der Start ins neue Jahr war damit schwieriger. Zudem wirken Milliardenausgaben des Staats zur Modernisierung der Infrastruktur, für Klimaschutz sowie für eine Stärkung der Bundeswehr langsamer als erhofft. Bei der Umsetzung der staatlichen Investitionen sei mehr Tempo notwendig, sagte Finanzminister Lars Klingbeil (SPD).

Die schuldenfinanzierten „Sondervermögen“ sind wesentlicher Treiber des Wirtschaftswachstums. Laut Regierung dürften die staatlichen Investitionen rund zwei Drittelpunkte zum BIP-Zuwachs 2026 beitragen. Davon soll etwa die Bauindustrie und die Rüstungsindustrie profitieren. Damit die Mittel schnell eingesetzt werden, sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Gesetzesänderungen sind aber noch nicht beschlossen. Die Grüne kritisierten, dass Mittel aus dem Sondervermögen nicht nur für zusätzliche Investitionen, sondern auch zum Stopfen von Löchern im Kernhaushalt genutzt würden.

Der früher so starke deutsche Export schwächtelt. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen belasten höhere US-Zölle viele Unternehmen. 2025 waren die deutschen Exporte in die USA deswegen um fast zehn Prozent eingebrochen. Dazu kommt eine stärkere internationale Konkurrenz, vor allem aus China. „Die weltwirtschaftlichen Perspektiven bleiben (...) schwierig“, so die Regierung. Strategie der EU und der Bundesregierung sind unter anderem die neuen Handelsabkommen mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur sowie Indien, damit sich die Wirtschaft breiter aufstellt.

Die Verbraucherpreise dürften laut Prognose rund 2,1 Prozent und damit etwas geringer zunehmen als in den Vorjahren. Im Jahresdurchschnitt 2025 lag die Inflationsrate bei 2,2 Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt rechnet man mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosigkeit. 2025 habe die schwache Industriekonjunktur „deutliche Spuren“ hinterlassen, hieß es. Viele Konzerne bauten Stellen ab.

Oberstes Ziel sei es, die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen, sagte ein Regierungssprecher. Dafür müsse der Reformkurs weitergehen. Die Wettbewerbsfähigkeit solle erhöht werden. Klingbeil sagte, es gehe um höhere Produktivität, Innovationskraft, Bildung und Forschung und um die schnellere Gewinnung von Fachkräften.

Wirtschaftsverbände kritisieren immer wieder hausgemachte Hemmnisse: im internationalen Vergleich hohe Energiepreise, hohe Steuern und Abgaben, zu viel Bürokratie. Die Bundesregierung hat Maßnahmen auf den Weg gebracht, Wirtschaftsverbände fordern aber höhere Entlastungen.

In den Fokus gerückt sind auch zusätzliche steuerliche Entlastungen. Die Union spricht sich dafür aus, die ab 2028 geplante stufenweise Reduzierung der Körperschaftsteuer vorzuziehen – sofern es die Haushaltssituation von Bund und Ländern zulässt. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD zudem angekündigt, zur Mitte der Legislatur die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zu senken. Auch das dürfte aber viele Milliarden kosten.

Viel Kritik hat ein Vorstoß des Wirtschaftsflügels der Union ausgelöst, den Rechtsanspruch auf Teilzeit einzuschränken. Reiche sieht Deutschland bei der Arbeitsproduktivität international im Nachteil. Im Koalitionsvertrag haben Union, CSU und SPD zudem flexiblere Arbeitszeiten angekündigt. Im Arbeitszeitgesetz soll die Möglichkeit einer wöchentlichen statt der geltenden täglichen Höchstarbeitszeitgrenze geschaffen werden. Gewerkschaften lehnen die Pläne ab.

Ein Kernproblem ist die zunehmende Alterung der Gesellschaft; es kommen nicht genügend Arbeitskräfte nach. Dies schmälert das ohnehin schwache Potenzialwachstum und könnte Fachkräfteengpässe verschärfen. Die Regierung setzt neben einer Fachkräfteeinwanderung auf eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und mit der „Aktivrente“ auf mehr Arbeit im Rentenalter.